

Jürgen Kocka

1989 – Eine transnationale Revolution

Erinnerungen an 1989, dieses Jahr der »unerhörten Begebenheiten« (Wolf Lepenies) haben Hochkonjunktur, an Zeitzeugen mangelt es nicht. Erinnerungen sind konkret, meist lokal begrenzt, auf Erfahrungen, Ereignisse und Umbrüche bezogen und gerade deshalb oft anrührend, eindrucksvoll und »authentisch«. Begreifen aber lässt sich, was damals geschah, erst dann, wenn man es als inter- und transnationalen Zusammenhang fasst. Dreimal zwei Umbrüche folgten aufeinander, beeinflussten sich gegenseitig, wiesen Parallelen auf, aber auch deutliche Unterschiede.

Jürgen Kocka

(* 1941) ist Professor für Geschichte an der Freien Universität Berlin und war bis April 2007 Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB). Seit 2005 ist er Sprecher der Akademiegruppe »Altern in Deutschland«.

kocka@wzb.eu



Unterschiede

In Polen mit seiner Tradition sozialer Unruhen und begrenzter Kooperation zwischen Regierung und Opposition hatten die Streiks im Sommer 1988 und die sich rapide verschlechternde wirtschaftliche Situation maßgeblichen Anteil daran, dass ein »Runder Tisch« für Verhandlungen zwischen Regierung und verschiedenen sozialen Gruppen eingerichtet wurde. Diese Gespräche begannen Anfang 1989 und führten zu halb-freien Wahlen im Juni desselben Jahres, welche die Kommunisten verloren. Neu geformte Parteien bildeten eine neue Regierung unter Einschluss der wieder zugelassenen Gewerkschaft *Solidarność*. Unterstützt vom polnischen Papst hatte die katholische Kirche einen maßgeblichen Anteil daran, dass das Regime während der 80er Jahre zunehmend an Legitimität einbüßte.

In Ungarn gelangen in den späten 80ern kleine Veränderungen, die von Reformkommunisten in Partei und Regierung – mit Kontakt zu oppositionellen Gruppen – unterstützt oder toleriert wurden, angetrie-

ben von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, dem Verlangen nach wirtschaftlichen Reformen und dem sowjetischen Beispiel unter Gorbatschow. Es war das Zentralkomitee der Ungarischen Kommunistischen Partei selber, das im Februar 1989 nach der Bildung eines Mehrparteiensystems und der Abhaltung freier Wahlen rief. Im Juni wurden Dreiparteienverhandlungen abgehalten zwischen Kommunisten, Oppositionsparteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen. Ein Referendum und freie Wahlen folgten, in denen die Kommunisten unterlagen. Unter der Führung der neugegründeten Partei *Ungarisches Demokratisches Forum* wurde eine nicht-kommunistische Regierung gebildet. Die Reformgesetzgebung wurde zügig begonnen: Verfassungsreformen, Entwicklungen in Richtung einer Marktwirtschaft, Schutz ethnischer Minderheiten.

Anders die DDR und die Tschechoslowakei. Sie waren über die Jahre von konservativen Kommunisten und repressiven Regimen regiert worden. Die Veränderungen kamen hier später, verliefen weniger evolutionär, stärker revolutionär, mehr von schnell wachsenden Massenbewegungen vorangetrieben als durch institutionelle Kompromisse wie in Ungarn und Polen.

Die DDR stellte insofern einen Sonderfall dar, als sie einer von zwei Staaten gleicher Nationalität und der andere deutsche Staat im Westen nicht nur viel größer und erfolgreicher war, sondern auch die staat-

liche Teilung und damit die Existenz der DDR nie voll anerkannt hatte. Dies zeigte sich u.a. an seiner Staatsbürgerschaftspolitik, die als ständige Einladung an alle Deutschen, auch die aus der DDR wirkte. Sie machte es möglich, dass sich die Revolution in der DDR als Wechselspiel von »exit« und »voice« (*Hirschman*), als Zusammenspiel von Massenexodus und Massenprotesten entfaltete, besonders nachdem die ungarische Regierung am 11. September die Grenzen geöffnet hatte. Die entstehende Dynamik brachte das Honecker-Regime in wenigen Monaten zu Fall, geriet jedoch rasch unter westdeutsche Dominanz, mit dem Ergebnis der Absorption der DDR durch die Bundesrepublik. Nur hier führte das Ende des Kommunismus zum Ende selbstständiger Staatlichkeit.

Erst Mitte November zündete der Funke der Revolution auch in Prag. Auch hier kam die Dynamik aus einer aktiven, sich schnell vervielfältigenden Massenbewegung auf breiter Basis, die mit nicht legalen, aber gewaltlosen Mitteln kollektiver Aktionen operierte. Diese waren hier noch massiver, und der Prozess vollzog sich noch schneller als in der DDR. Eine nicht-kommunistische Regierung wurde unter der Führung des neu gegründeten Bürgerforums und ihrer slowakischen Schwesterorganisation, der VPN, schnell gebildet. Vaclav Havel, der regimiekritische Dramatiker, politischer Gefangener über lange Zeit und sicherlich der beeindruckendste Führer der 89er-Bewegungen in ganz Europa, wurde bereits im Dezember 1989 zum Präsidenten gewählt.

Weiter östlich, auf dem Balkan, verlief es anders. Rumänien wurde zum einzigen wirklich gewaltsamen Fall. Noch im November 1989 erklärte Nicolae Ceaușescu stolz, dass es keine Reformen geben werde. Er beabsichtigte, seine bizarre Gewaltherrschaft fortzusetzen, in der Nepotismus, Personenkult und ein machtvoller Geheimdienst (*Securitate*) die zentralen Rollen spielten. Aber im Dezember ent-

zündeten sich gesellschaftlicher Protest und Gewalt an der Situation der ungarischen Minderheit in der westlichen Stadt Temesvár, die bald auf Bukarest übersprangen. Es kam zu einer Art Spaltung in der herrschenden Elite, die Streitkräfte unterstützten eine neu gegründete *Front zur Nationalen Rettung*, also Gegner von Ceaușescu, der zusammen mit seiner Frau gefangen genommen und am Weihnachtsfeiertag 1989 umgebracht wurde. Ion Iliescu wurde zum neuen Präsidenten berufen, ein früherer Kommunist, nun Post-Kommunist, der schon einige Jahre zuvor mit Ceaușescu gebrochen hatte. Die Institutionen des alten Regimes wurden von ihm aber nur zu einem kleinen Teil reformiert.

In Bulgarien entwickelten sich Konflikte, Proteste und Unterdrückung um die türkisch-ethnische Minderheit, die von Generalsekretär Todor Schiwkow, dem dienst-

ältesten Diktator im kommunistischen Block, unterdrückt und zum Teil vertrieben wurde. Mitte November entschieden sich Parteireformer, vom Außenminister geführt, zu handeln und den alternden Führer zu verdrängen. Die damals typische Abfolge von Ereignissen schloss sich an: Freilassung politischer Gefangener, Zulassung von nicht-kommunistischen Parteien, ein »Runder Tisch« für die Planung freier Wahlen, einige Verfassungsänderungen und volle Staatsbürgerschaft für Moslems und Türken, eine Umbenennung der Kommunistischen Partei in »Bulgarische Sozialistische Partei«, dann die Wahlen selbst, die hier die ehemaligen Kommunisten leicht gewannen. Die Umstürze in Rumänien und Bulgarien glichen ein wenig Palast-Revolutionen, das heißt, die Machtverhältnisse änderten sich als Resultat eines Kampfes zwischen verschiedenen Fraktionen der regierenden Elite. Die personelle und institutionelle Kontinuität blieb stark ausgeprägt. Nichtsdestotrotz brachte der Umbruch die alte Ordnung zu Ende und die beiden Balkanländer auf ihren langen Weg »zurück nach Europa«.

Gemeinsamkeiten

Die sechs Fälle waren also unterschiedlich: langwierig und voll institutioneller Kompromisse in Polen und Ungarn, revolutionär in der DDR und der ČSSR, putschartig in Rumänien und Bulgarien. Aber es bestanden auch wichtige Gemeinsamkeiten:

Erstens: Die Umbrüche beeinflussten sich gegenseitig, wie die Steine in einem Domino-Spiel. Sobald kommunistische Führer in einem Land gestürzt wurden, erodierte andernorts ihre Legitimität. Hier liegt die herausragende Bedeutung von Ungarn und Polen, sie waren die ersten und dienten als Beispiele – sie waren ansteckend.

Zweitens: Es war ein systemischer Wandel. Es fanden gleichzeitig und in kurzer Zeit Änderungen des politischen Systems,

der Wirtschaftsordnung, der sozialen Prozesse und der dominanten Ideologien statt. All dies war miteinander verknüpft. Insofern besaßen die Umbrüche revolutionären Charakter, am stärksten in der DDR und der ČSSR.

Drittens: Die Massen und Aktivisten der 89er-Bewegungen blieben weitestgehend friedlich. Ihre pazifistische Qualität war bemerkenswert, taktisch klug und nur verständlich durch den Hintergrund der früheren Gewaltexzesse im 20. Jahrhundert, die aufgrund der gemachten Erfahrungen vermieden werden sollten. Ebenso bemerkenswert war, dass die Regime zusammenbrachen und die herrschenden Eliten zurücktraten, ohne gewaltsame Mittel wie Polizei und Armee für den Machterhalt einzusetzen. Im Gegensatz zu den faschistischen Diktaturen in früheren Jahrzehnten lösten sich die kommunistischen Diktaturen am Ende des 20. Jahrhunderts weitgehend ohne Krieg und Gewalt auf (mit der Ausnahme des Balkans in den 90er Jahren).

Viertens: In allen sechs Fällen richtete sich das Streben nach nationaler Identität und Autonomie, als ein Faktor des Wandels, gegen das supra-nationale Sowjetimperium. Alle Fälle bekräftigten, restaurierten und begründeten das Prinzip des Nationalstaates neu. Auf der anderen Seite zielte die Rhetorik des Wandels auf Ebenen jenseits von Nation und Nationalstaat. »Europa« und »Rückkehr nach Europa« waren positiv besetzte Codewörter, man setzte sich für »Europäische Werte« ein. Dazu gehörten Menschen- und Bürgerrechte wie auch staatsbürgerliche Pflichten und Solidarität. »Europa«, das implizierte »Marktwirtschaft« oder »Zivilgesellschaft«, oder einfach nur eine »normale« moderne Lebensweise. In der Sprache des Umbruchs war das gewünschte Gegenmodell zum »Kommunismus« nicht »Kapitalismus«, sondern »Europa«, schreibt Tony Judt.

Fünftens: Schließlich hatten die schnellen und systemischen Veränderungen in den sechs Ländern ähnliche Ursachen. Fast

überall im kommunistischen Zentral- und Osteuropa fand in den 80er Jahren ein wirtschaftlicher Niedergang statt und führte zu wachsender Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung. Er untergrub die Legitimität der sich traditionell durch Leistungsfähigkeit legitimierenden Regierungen. In einer Zeit, in der die Kommunikationsmedien die Grenzen überschritten und grenzüberschreitende Vergleiche möglich machten, änderten sich Lebensweise und Erwartungen im generationellen Wandel und transnationalen Zusammenhang. Aber die wichtigsten Ursachen hinter den revolutionären Veränderungen von 1989 standen im Zusammenhang mit Gorbatschow. Er setzte mit seiner Reformpolitik seit 1985 ein Zeichen und machte deutlich, dass die Sowjetunion anders als 1953 in Berlin, 1956 in Budapest, 1968 in Prag und noch Anfang der 80er Jahre in Polen militärisch nicht eingreifen würde, um die Regime gegen fundamentale Herausforderungen im Innern zu stabilisieren. Dies war entscheidend. Warum es zu diesem fundamentalen Wandel der sowjetischen Politik nach vielen Jahrzehnten kam, muss man erklären, wenn man »1989« verstehen will. Vieles spielte dabei zusammen: Personen und ihr rascher Wechsel an der Spitze, die Ermüdung eines alten Systems, der verlorene Krieg in Afghanistan, die harte Konkurrenz mit den USA unter Reagan, vor allem aber die langfristig nicht zu versteckende Unterlegenheit einer staatssozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft unter den Bedingungen der »dritten industriellen Revolution« und der von ihr beförderten Netzwerk-Gesellschaften.

Langfristige Folgen

Die Umbrüche von 1989 brachten Gewinner und Verlierer hervor. Aber im Großen und Ganzen markierten sie für Millionen von Menschen und Familien einen gewaltigen Schritt in Richtung Freiheit: politi-

sche Freiheiten, Menschen- und Bürgerrechte, Reisefreiheit, überhaupt die Chance, das eigene Leben zu gestalten. 1989 endete die diktatorische Periode der europäischen Geschichte. Trotz aller Rückschläge besonders in Russland ist dies bis heute nicht zurückgedreht worden.

1989/90 hat eine tiefgreifende Umstrukturierung der geopolitischen Landschaft stattgefunden, und ein Jahr später brach die Sowjetunion zusammen. Der Ost-West-Konflikt, der die Weltpolitik und ihre Wahrnehmung für Jahrzehnte geprägt hatte, endete. Die Welt wandelte sich von einem bipolaren System der gegenseitigen Kontrolle zu einer neuen, offeneren und ständig wechselnden Konstellation mit einer Supermacht (USA) und neu aufstrebenden Machtzentren wie China. Die Globalisierung, verstanden als transnationaler und transkontinentaler Prozess zunehmender Interdependenz, wurde enorm beschleunigt.

Der Kapitalismus verlor seinen wichtigsten Herausforderer. Dies beschleunigte seinen globalen Siegeszug und verstärkte sein Gewicht im Innern der Gesellschaften. Zugleich wurden ihm einige Mechanismen entzogen, die dazu beigetragen hatten, ihn zu mäßigen und zu zähmen. Vielleicht wären einige Exzesse des Finanzkapitalismus in den letzten Jahren und der Rückgang seiner Fähigkeit zu langfristiger Orientierung – der den Kern der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus darstellt – im alten System weniger schroff hervorgetreten. Ein Sieg führt häufig den Samen einer späteren Krise in sich. Vielleicht ist dies eine Verbindung zwischen 1989 und heute.

»1989« wurde von Historikern, Sozialwissenschaftlern, Kommentatoren und Beobachtern kaum vorhergesagt. Es bot eine Lektion in der Unvorhersehbarkeit von Geschichte. Es besteht kein Grund zu der Annahme, dass solche Herausforderungen durch unvorhergesehene, rasche und tiefgreifende Veränderungen künftig nicht mehr auftreten können.